

## SCHWANGERSCHAFT ALS UNFALL

---

Von Stephan Baier

Österreich streitet – eher leise – über die „Pille danach“

Österreichs Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) will die umstrittene „Pille danach“ rezeptfrei ausgeben, und zwar selbst dann, wenn keine Pharmafirma den Antrag auf Rezeptfreiheit stellen sollte. Zunächst hatte Stöger, in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Grünen, angekündigt, er werde einen Antrag auf Rezeptfreiheit positiv bewerten, falls ein Unternehmen, das die in Österreich seit neun Jahren zugelassene, aber rezeptpflichtige „Pille danach“ vertreibt, einen solchen Antrag stellen sollte. Seine Argumentation: Die „Pille danach“ müsse möglichst bald nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden. „Und mit der Rezeptfreiheit kann man schneller zum Medikament kommen.“

Nachdem die Pharmafirmen auf diese offensive Einladung des Gesundheitsministers, einen Antrag zu stellen, nicht reagierten, ging dieser neuerlich in die Offensive. Gegenüber der linksliberalen Wiener Tageszeitung „Der Standard“ bestätigte Stöger nun, „einen anderen Weg“ finden zu wollen, falls die Unternehmen keinen Antrag stellen: „Das ist eine reine Abwicklungssache.“ Das sieht der Präsident der Österreichischen Ärztekammer, Walter Dörner, ganz anders: Die „Pille danach“ sei schließlich „kein Hustenzucker!“

Während Stöger sich bei seinem Vorstoß auf seine SPÖ stützen kann und von den oppositionellen Grünen massiv in Richtung einer baldigen Rezeptfreistellung gedrängt wird, verschweigt sich der Koalitionspartner ÖVP völlig. Unverständlich nicht nur, weil Stöger auf einem benachbarten Feld – bei der von ÖVP-Staatssekretärin Marek geforderten Einführung einer Abtreibungsstatistik – dem Koalitionspartner sein Veto entgegenschleuderte. Unverständlich auch, weil es gegen die „Pille danach“ selbst für jene, die mit der chemischen Verhütung kein grundsätzliches Problem haben, gewichtige Argumente gibt. Vorgetragen werden diese aber nicht in der politischen Arena, sondern von kirchlichen und kirchennahen Organisationen: So haben die Bischöfe Klaus Küng, Elmar Fischer und Andreas Laun einen Appell im Internet gestartet, der binnen weniger Wochen fast 6 000 Unterstützer fand: „Es ist gesundheitspolitisch unverantwortlich, einen hoch dosierten Hormoncocktail auch jungen Mädchen de facto unbegrenzt und ohne ärztliche Kontrolle verfügbar zu machen.“ Die „Pille danach“ wirke nicht nur ovulationshemmend, „sondern auch tödend in den Fällen, in denen es die Einnistung des schon befruchteten Eis verhindert“. So belaste das Präparat nicht nur den Körper der Frau, sondern „tötet möglicherweise einen bereits gezeugten neuen Menschen“. Die Bischöfe kritisieren eine Tendenz, „dass der Staat immer mehr nach den Kindern und Jugendlichen greift und dabei die Eltern und ihre Rechte übergeht“. Die rezeptfreie „Pille danach“ sei ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Ähnlich argumentieren die „Jugend für das Leben“, das von der Bischofskonferenz anerkannte „Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik“ (IMABE) und die Wiener Initiative „Frauen des 21. Jahrhunderts“ (F21). Von einer „unglaublichen Verantwortungslosigkeit“ sprach die Präsidentin des Österreichischen Familienbundes, Andrea Gottweis: „Jeder medizinische Hustensaft ist rezeptpflichtig, aber ein Hormonpräparat mit frühabtreibender Wirkung soll ohne Untersuchung eines Arztes beliebig abgegeben werden.“ Gottweis sprach sich, ebenso wie die Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, Stephanie Merckens, stattdessen für einen „werteorientierten Sexualkundeunterricht“ aus.

Applaus erntet der Gesundheitsminister von Seiten der Abtreibungsindustrie: Der bekannteste Abtreibungsarzt Österreichs, Christian Fiala, verglich im „Standard“ die „Pille danach“ mit einem „Verbandskasten im Auto“: Die Frau brauche „nach dem ungeschützten Verkehr oder einer Verhütungspanne eine Notfallverhütung. Und zwar so schnell wie möglich.“ So argumentiert auch die Leiterin des ältesten Abtreibungsambulatoriums Österreichs, „pro:woman“ am Wiener Fleischmarkt, Elke Graf: „Speziell jungen Mädchen“ gebe das Präparat „endlich eine Möglichkeit, Pannen in der Verhütung und in weiterer Folge ungewollten Schwangerschaften rasch entgegenzuwirken“. Graf behauptet gar, dass „der unbürokratische und rasche Zugang zur Notfallverhütung“ dazu beitrage, den „dramatischen Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen bei unter 18-jährigen Mädchen zu stoppen“.